

Zwischen der

FREIEN HANSESTADT  BREMEN,

vertreten durch die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

und

der Stiftung Kath. Kinder- und Jugendhilfe im Bistum Hildesheim,
Moritzberger Weg 1, 31139 Hildesheim

wird folgende

Vereinbarung nach § 77 SGB VIII

geschlossen:

1. Gegenstand

Diese Vereinbarung regelt die Leistungserbringung und Finanzierung der Erziehungsbeistandschaft (EB) nach § 30 SGB VIII für das St. Theresienhaus - Kinder- und Jugendhilfe, Weserstraße 80, 28757 Bremen (Träger: Stiftung Kath. Kinder- und Jugendhilfe im Bistum Hildesheim, Moritzberger Weg 1, 31139 Hildesheim.). Grundlage des Vertrages ist die beiliegende Anlage 1 (Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarung) und der Berechnungsbogen (Anlage 2).

2. Leistung

2.1 Art, Inhalt, Qualität und Umfang der Leistung sind der Anlage 1 zum Vertrag zu entnehmen. Der Personalmix ist in der Anlage 1, Ziffer 6 für den Einrichtungsträger festgelegt und Grundlage der Berechnung der Pauschalen.

2.2 Zielgruppe der Leistung sind Kinder/Jugendliche/junge Volljährige in der Regel ab 12 Jahren - in begründeten Ausnahmefällen ab 10 Jahren -, die gem. der Anlage 1 Punkt 4, aufgrund ihrer besonderen Lebenssituation zur Bewältigung ihres Alltags in Kontext mit ihrem familiären und sozialen Umfeld eines kontinuierlichen Beratungs- und Unterstützungsangebots bedürfen.

2.3 Zur Bearbeitung der Problemlagen und für die Betreuung der jungen Menschen stehen drei Leistungsmodulare zur Verfügung. Die Module gelten nicht additiv, sondern je nach Indikation, einzelfallbezogen.

2.4 Der Leistungserbringer hat sicherzustellen, dass er nur Personen beschäftigt oder vermittelt, die nicht wegen einer der in § 72a Satz 1 SGB VIII genannten Straftaten rechtskräftig verurteilt worden sind. Zu diesem Zweck hat er sich bei der Einstellung, aus besonderem Anlass und in regelmäßigen Abständen (spätestens alle 5 Jahre) ein Führungszeugnis nach § 30 Abs.1 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen zu lassen. Unbeschadet dessen hat der Leistungserbringer unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wenn ihm bekannt wird, dass gegen eine Person wegen des Verdachtes, eine solche Straftat begangen zu haben, Ermittlungen zur Strafverfolgung eingeleitet worden sind.

2.5 Nach § 8a SGB VIII ist bei Anhaltspunkten, die auf eine drohende Kindeswohlgefährdung für ein Kind oder einen Jugendlichen hindeuten, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte das Gefährdungsrisiko abzuschätzen. Die Mitarbeiter einer Einrichtung verpflichtet dies, bei der Kenntnis von einem Gefährdungsrisiko, ihren Schutzauftrag unmittelbar wahrzunehmen und/oder das zuständige Jugendamt zu informieren.

3. Entgelt

3.1. Für den Vereinbarungszeitraum betragen die nach Leistungsmodulen unterteilten Maßnahme- und Monatspauschalen für das Leistungsangebot und die betriebsnotwendigen Investitionen:

Für das Leistungsmodul 1
(Familienberatungsgespräche z. B. Mediation)
671,44€ pro Familie und Maßnahme,

Leistungsmodul 2
(Kurzeitintensivbetreuung) (max. 3 Monate)
991,38 € pro Familie im Monat,

Leistungsmodul 3
(Längerfristige Begleitungs- Unterstützungs- und Betreuungsarbeit)
850,97 € pro Familie im Monat.

3.2 Die Definition der Leistungsmodule und die Kriterien für die Zuordnung zu einem der o.g. Leistungsmodule sind der Anlage zu entnehmen.

3.3 Mit den Pauschalen nach Ziffer 3.1 sind alle direkten und indirekten Zeiten der Leistungserbringung und die Zeiten für Urlaub, Krankheit, Vertretung etc. abgegolten. Hierzu zählen insbesondere die unmittelbaren Zeiten mit dem jungen Menschen und mit der Familie, die Vor- und Nachbereitung der Familienarbeit, Fahrtzeiten, Ausfallzeiten durch Krankheit, Fortbildung, Supervision der Familienhelferinnen, die Zeiten für Dienstbesprechungen, Falldokumentation sowie Teilnahme an der Hilfeplanung. Ebenso sind mit den Pauschalen alle weiteren Kosten der Leitung, Koordination und Qualitätssicherung sowie Verwaltung/Overhead und alle mit der Leistungserbringung zusammenhängenden Sachkosten und die zur Sicherstellung eines wirtschaftlich arbeitenden ambulanten Fachdienstes notwendigen Sach- und Betriebskosten (inkl. Afa, Miete, Büromittel etc.) refinanziert.

3.4 Die Berechnungsgrundlagen der Pauschalen sind dem beigefügten Berechnungsschema (Anlage 2) zu entnehmen.

3.5 Die Pauschalen sind nur abrechenbar, wenn eine Kostenübernahmeerklärung seitens des zuständigen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe im Einzelfall vorliegt.

3.6 Die Abrechnung der Pauschalen erfolgt bei Beginn oder Beendigung sowie vorzeitigem Abbruch im laufenden Monat für die Leistungsmodule 2 und 3 nach Tagessätzen. Die jeweiligen Tagessätze werden mit dem Divisor 30,4 ermittelt. Die Rundung erfolgt erst bei der Berechnung des anteiligen Monatsbetrages.

Zeiten der vorübergehenden Abwesenheit des jungen Menschen und/oder Familie aufgrund von Urlaub, Krankenhausaufenthalt, Kur, in denen die EB nicht stattfindet, sind nicht abrechenbar. Für anteilige Tage erfolgt auch hier die tageweise Abrechnung.

4. Prüfungsvereinbarung, Qualitätsentwicklung und Dokumentation

4.1 Die Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung sowie Angaben über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung nach dem Landesrahmenvertrag nach § 78f

SGB VIII gelten ebenfalls für dieses ambulante Projekt. Somit erfolgt auch die Bericht-erstellung analog der Vorgaben der Rahmenempfehlung zur Qualitätsentwicklung (Berichtsraster) vom 13.03.2009. Die Berichte sind dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe für diese Phase des Projektes zum 31.12.2013 vorzulegen und gehen gezielt auf die im trägerindividuellen Konzept (Endfassung von Juli 2012) hinterlegten Schwerpunkte der Qualitäts-sicherung in Bezug auf die Dokumentation und Selbstevaluation ein.

4.2 Mit dem bekannten Formblatt erfolgt die Übermittlung der für das Berichtswesen erforderlichen Daten an die zuständigen Sachgebietsleiter im Sozialdienst Junge Menschen des jeweiligen Sozialzentrums.

4.3 Ferner einigen sich die Vertragsparteien darauf, zukünftige Ergebnisse der Unterarbeitsgruppe Qualitätsentwicklung, insbesondere auch im Hinblick auf die Darstellung des Berichtswesen in Form eines standardisierten Rasters, mit einzubeziehen und zu berücksichtigen. Der Einrichtungsträger sichert die Zusammenarbeit und Mitwirkung im Hinblick auf zukünftige Systeme der Leistungsdokumentationen zu, die in der Vertragskommission nach § 78 f SGB VIII für den Leistungsbereich nach § 30 SGB VIII abgestimmt und beschlossen werden sollen.

4.4 Zudem hat der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe das Recht zu einer angemeldeten Prüfung dieser Unterlagen vor Ort. Diese wird rechtzeitig angekündigt und gemeinsam terminiert.

5. Vereinbarungszeitraum

5.1 Diese Vereinbarung gilt ab dem 01. Mai 2013 und wird mit einer Mindestlaufzeit von 12 Monaten auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

5.2 Zur vollständigen oder teilweisen Änderung oder Aufhebung der Vereinbarung bedarf es einer schriftlichen Kündigung unter Einhaltung der unter 5.1 bestimmten Mindestlaufzeit. Die Vergütungsvereinbarung kann mit einer Frist von mindestens sechs Wochen, die übrigen Bestandteile der Vereinbarung können mit einer Frist von mindestens drei Monaten gekündigt werden.

6. Sonstiges

Bei Unwirksamkeit einer Bestimmung dieses Vertrages verlieren die übrigen Bestimmungen ihre Wirksamkeit nicht. Eine unwirksame Regelung ist von den Vertragsparteien durch eine wirksame zu ersetzen, die der unwirksamen in ihrer Auswirkung möglichst nahe kommt. Im übrigen gelten die Vorschriften der §§ 53. ff. des Zehnten Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) über den öffentlich-rechtlichen Vertrag.

Geschlossen: Bremen, im Juli 2013

**Die Senatorin für Soziales, Kinder,
Jugend und Frauen**

Einrichtungsträger

Anlagen: Leistungstypenbeschreibung (Anlage 1),
Berechnungsbogen (Anlage 2)